

# Dialog aktuell Nr. 05/2020\_KW21\_PM

## Rundbrief des Verein Dialogforum Flughafen Wien

Ausgabe Mai 2020 – Nr. 05/2020\_KW21\_PM – Pressemeldungen

*Sehr geehrte Damen und Herren!*

*Im Teil „Dialog aktuell Nr. 05/2020\_KW21\_PM“ finden Sie einen groben Überblick über die nationale und internationale Presse- und Medienberichterstattung zu flugverkehrsrelevanten Themen während der Coronakrise.*

*Wir befinden uns nun in der Phase des schrittweisen Hochfahrens unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Das Hochfahren ist verbunden mit immer noch zahlreichen Vorgaben der Bundesregierung, was die persönlichen Kontakte und das Verhalten in der Öffentlichkeit anlangt. Wir werden sehen, wie lange es dauern wird, bis wir unsere persönlichen Gewohnheiten wieder zu solchen werden lassen können.*

*Im Flugverkehr ist davon auszugehen, dass es länger als in vielen anderen Bereichen unseres Gesellschafts- und Wirtschaftslebens dauern wird, bis sich der Flugbetrieb der Situation vor der Coronakrise wieder annähert. Die Coronakrise zeigt uns augenscheinlich, wie unverzichtbar das internationale bzw. globale Netz an öffentlichen, weltumspannenden Verkehrssystemen ist, egal ob diese Verbindungen mit der Bahn, dem Bus, dem Schiff oder dem Flugzeug hergestellt werden. Die Zukunft wird uns zeigen, wie sehr alle diese weltumspannenden Verkehrssysteme in Bezug auf Sicherheit, aber auch im Hinblick auf die Verhinderung von Pandemien ähnliche organisatorische, sicherheitstechnische und hygienische Regelungen benötigen, um ähnliche Krisensituationen wie durch Corona zu verhindern bzw. zumindest rasch regional eingrenzbar zu machen.*

*Bleiben Sie gesund und wenden Sie sich gerne per E-Mail oder auch telefonisch an mich, wenn Sie Fragen zum Flugverkehr bzw. Flugbetrieb und seinen Auswirkungen haben. Ich werde versuchen, Sie auch in diesen für viele von uns schweren Zeiten bestmöglich zu informieren.*

*Mit besten Grüßen Ihr*

*Wolfgang Hesina*

## Berichterstattung von Presse und Medien zur Coronakrise und der Situation in der Flugverkehrswirtschaft

Stand: Montag, 18. Mai 2020

### Vorbemerkungen:

Dialog\_aktuell Nr. 05/2020\_KW21\_PM dokumentiert auf Basis der nationalen und internationalen Berichterstattung die Entwicklungen im Bereich der Flugverkehrswirtschaft während der Coronakrise vom Montag, 11. Mai 2020 bis einschließlich Montag, 18. Mai 2020. Die Informationen stammen aus den unterschiedlichsten Quellen aus dem Bereich Presse und Medien, sind nach Tagen geordnet, um die Entwicklung der Detailthemen nachverfolgen zu können und nach österreichischen und internationalen Themen sortiert.

Der Blick in unser internationales Umfeld und die dortigen Entwicklungen im Flugverkehrssektor soll es ermöglichen, die Geschehnisse und Entwicklungen in Österreich im Vergleich zu sehen und einzuschätzen, wie gut oder schlecht wir in Österreich in der Krisenbewältigung im Bereich der Flugverkehrswirtschaft agieren.

### Berichterstattung über den Zeitraum 11. Mai – 18. Mai 2020

#### Montag, 18. Mai 2020

#### Österreich:

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - Die Wirtschaftsprüfer könnten der AUA eine Nachfrist für die Rettungspaket-Verhandlungen und die Fortbestandsprognose setzen. Am Mittwoch tagt der AUA-Aufsichtsrat und wird die weitere Vorgehensweise festlegen. Das AUA-Management hat den Wirtschaftsprüfern einen Business-Plan für den Neustart vorgelegt, das Gutachten der Prüfer wird dem AUA-Aufsichtsrat vorgestellt. Die Verhandlungsergebnisse zu den staatlichen Hilfen und deren Fixierung sind Voraussetzung für eine positive Fortbestandsprognose. Ungenannte Verhandlerkreise gehen davon aus, dass das Hilfspaket für die AUA im Großen und Ganzen steht, es kommt nun darauf an, ob die Lufthansa die Verantwortung für die AUA übernimmt. Noch offene Punkte betreffen die Frage nach einer staatlichen Beteiligung an AUA oder Lufthansa und die Einflussmöglichkeiten für die staatliche Hilfe.  
Die AUA braucht staatliche Hilfen in Höhe von 767 Mio. Euro, von Belegschaft und Partnern wie dem Flughafen Wien werden Kostenschnitte verlangt. Von Seiten der Klima- und Verkehrsministerin heißt es nur, dass die Gespräche voranschreiten würden. Eine rasche Einigung scheint sich demnach nicht abzuzeichnen.
- **Flughafen Wien / Umbuchungen / AUA** - Lufthansa, Swiss und AUA haben den Zeitraum für kostenlose Umbuchungen von Flugreisen bis Ende 2021 verlängert. Passagiere, die ein Flugticket mit einem bestätigten Reisedatum bis spätestens 30. April 2021 haben, können einmal kostenlos auf ein neues Reisedatum umgebucht werden und die umgebuchte Reise kann bis Ende 2021 stattfinden. Die Umbuchung gilt für dieselbe Strecke und dieselbe Reiseklasse. Möglich ist dies für Tickets, die bis 30. Juni 2020 neu gebucht werden. Für abgesagte Flüge bekommen die Fluggäste nach EU-Recht ihr Geld zurück, sie müssen keinen Gutschein akzeptieren. Verbraucherschützer bieten unter europakonsument.at Musterbriefe dazu an.
- **Flughafen Wien / Quartalszahlen** - Analysten erwarten von der Veröffentlichung der Erstquartalszahlen 2020 der Flughafen Wien AG Rückgänge sowohl beim Umsatzausweis als auch bei den Ergebniskennzahlen. Experten der Erste Group und Raiffeisen Centrobank (RCB) schätzen den Umsatz im abgelaufenen Jahresviertel durchschnittlich auf 160,6 Mio. Euro (-9%). Beim Betriebsergebnis (E-BIT) wird im Schnitt ein Minus in Höhe von 35% auf 24,9 Mio. Euro gesehen, der Nettogewinn könnte um -27% auf 17,5 Mio. Euro gesunken sein.

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - Klima- und Verkehrsministerin Gewessler (Grüne) sagte am Montag vor Journalisten, dass die Gespräche mit der AUA wegen staatlicher Hilfe voranschreiten würden, eine rasche Einigung sich aber nicht abzeichne. Es brauche ein Gesamtpaket, das auch den Klimaschutz einschließe, die Wirtschaftsprüfer werden heute Montagabend die Fortbestandsprognose vorlegen, diese werde man beurteilen. Die AUA verhandelt staatliche Hilfe in der Höhe von 767 Mio. Euro, die Belegschaft hat ein Paket von 200 Mio. Euro angeboten, mit Lieferanten werden Preisnachlässe von 20% verhandelt.
- **Irland / Österreich / staatliche Hilfen / Laudamotion** - Ryanair fährt ein scharfes Sparprogramm, dem auch die Lauda-Basis in Wien zum Opfer fallen dürfte. Firmenchef O'Leary rechnet nicht mit einer Einigung mit den Gewerkschaften. O'Leary fordert von Piloten und Kabinenpersonal eine Lohnkürzung von 20%, aber auch dann würden 3.000 Stellen für Piloten und Flugbegleiter abgebaut werden. Laudamotion habe schon vor Ausbruch der Coronakrise Verluste gemacht, es brauche eine tiefe Umstrukturierung" der Wiener Basis. Die für 2020 geplante Lieferung von acht Flugzeugen sei schon gestrichen, es sei billiger, Airbus von Laudamotion am Boden zu lassen, als in ineffizienten Strukturen zu fliegen. Ryanair werde künftig Wien mit Maschinen anderer Tochterfirmen anfliegen, die Landrechte seien bereits an den Konzern übertragen. Die Lauda-Stützpunkte in Stuttgart, Düsseldorf und Palma bleiben offen, andere Ryanair-Basen in Großbritannien, Spanien und Deutschland könnten auch geschlossen werden. O'Leary attackierte wegen staatlicher Subventionen andere Airlines, wie z.B. die Lufthansa-Gruppe, er werde hier Klage führen und mit tiefen Abschlägen auf die Flugtickets die Flugzeuge füllen. Derzeit seien 30 Mrd. Euro an staatlicher Hilfen für Airlines in Verhandlungen. Heftige Kritik an Ryanair kommt von der AK Niederösterreich. Demnach würden Ryanair-Beschäftigte seit Monaten systematisch unter Druck gesetzt, für Krankenstände müssten sich die Beschäftigten jeden Tag rechtfertigen, Androhung von Kündigung gäbe es beim nächsten Krankenstand ebenso wie vertraglich festgelegte Zwangsimpfungen. Die Machenschaften von Lohn- und Sozialdumping, rechts- und sittenwidrige Verträgen sowie Gefährdung der Sicherheit haben als „Wildwestmethoden“ in Österreich nichts verloren, schaden sie doch den Mitarbeitern, gefährden die Sicherheit der Fluggäste und ziehen andere Fluglinien in eine gefährliche Abwärtsspirale. Die Regierung müsse hier rasch handeln. Ryanair war 2019/2020 erfolgreich, 149 Mio. Passagiere wurden befördert, der Gewinn nach Steuern lag knapp über 1 Mrd. Euro. Seit Mitte März rechnet Ryanair mit einem Verlust von 200 Mio. Euro, der Fehlbetrag werde sich im zweiten Quartal verringern, vielleicht sogar schon wieder ein kleiner Gewinn anfallen.

### **Internationales:**

- **Düsseldorf/Wien (APA/Reuters)** - Eurowings, die Billigflugtochter der AUA-Mutter Lufthansa, fährt das Flugangebot im Juni angesichts des schrittweisen Abbaus von Reisebeschränkungen in Europa hoch. So seien 40 neue Ziele im Programm. Bis Ende Juni sollen bis zu 20 Flugzeuge wieder abheben. Falls Reisen wegen der Coronapandemie nicht möglich wären, könnten Kunden bis 14 Tage vor Abflug umbuchen.
- **Irland / staatliche Hilfen / Laudamotion** - Laudamotion droht am Hauptsitz in Wien das aus, die Basis dürfte mit Ende Mai geschlossen werden, so Ryanair. Von Wien aus operieren 15 der 30 Airbus A32-Flugzeuge von Laudamotion, die übrigen Stützpunkte Stuttgart, Düsseldorf und Palma dürften erhalten bleiben. Ryanair fordert von der Belegschaft Lohnkürzungen und neue Arbeitsverträge. Im Bilanzjahr 2019/2020, das im März ausgelaufen ist, lag der Nettogewinn der Airline noch bei rund einer Milliarde Euro, von April bis Juni geht die Laudamotion allerdings von einem Shutdown-bedingten Verlust von 200 Mio. Euro aus.
- **Thailand / Flugbetrieb** - internationale Flüge sind in Thailand bis zum 30. Juni gestoppt. Passagiere die nach Thailand fliegen, müssen 14 Tage in Quarantäne. Einige Einschränkungen sollen dagegen wieder gelockert werden: Die nächtliche Ausgangssperre soll verkürzt und Einkaufszentren wieder geöffnet werden. Thailand hat bisher nach offiziellen Angaben bisher 3.025 Ansteckungen und 56 Todesfälle gemeldet.

---

## Sonntag, 17. Mai 2020

### Österreich:

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - Montag werden Wirtschaftsprüfer entscheiden, ob die Pläne des AUA-Vorstands für eine Fortbestehensprognose ausreichen, ist dies nicht der Fall droht im schlimmsten Fall die Insolvenz. Am Mittwoch tagt dann der AUA-Aufsichtsrat. Die AUA hat 767 Mio. Euro an staatlicher Hilfe beantragt, von Belegschaft und Partnern werden Kostenschnitte verlangt. Der Neustart soll noch heuer, nach Möglichkeit im Sommer erfolgen, jedenfalls nicht vor dem 8. Juni. In den nächsten Jahren geht man von einer langsamen aber ansteigenden Entwicklung aus, bis die Normalität wieder einkehrt.

**AÖV / staatliche Hilfen Schwechat** - Die Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Verkehrsflughäfen (AÖV) fordert wie Oberösterreichs Landeshauptmann Stelzer (ÖVP) von der AUA eine Standortgarantie für die Bundesländerflughäfen im Gegenzug für staatliche Hilfen. Kurzstreckenflüge bringen eine leistungsfähige Anbindung von Österreichs Tourismusregionen und ohne Kurzstrecke gäbe es keine Langstreckenflüge ab Wien. Diese seien unverzichtbar für den Wirtschafts- und Tourismusstandort Österreich, so AÖV-Präsident und Vorstand der Flughafen Wien AG Jäger. Jäger verwies darauf, dass 75% der Passagiere auf Inlandsflügen in Wien umsteigen, insbesondere auf Flüge Richtung Osteuropa und die USA.

Der stellvertretende Bundessprecher der Grünen Kaineder hatte am Samstag die geforderte Standortgarantie für die Regionalflughäfen kritisiert, die Kurzstrecke werde in einem klimafitten Verkehrssystem von der Bahn bedient.

Die Zeit drängt, die Suche nach zukunftsfähigen Lösungen für die Lufthansa-Tochter AUA läuft auf Hochdruck, wie ein Treffen von Finanzminister Blümel (ÖVP) und Verkehrsministerin Gewessler (Grüne) mit Vertretern von Wien und Niederösterreich, AUA und Flughafen Wien, Gewerkschaftern sowie ÖBAG und COFAG am vergangenen Freitag dokumentiert.

### Internationales:

- **Dubai / Emirates** - Emirates prüft die wirtschaftliche Lage und will die Belegschaft um rund 30.000 Arbeitsplätze (-30%) reduzieren. Zudem könnte die A380-Flotte früher als geplant stillgelegt werden. Ende März hatte Emirates die Mitarbeiter aufgefordert, unbezahlten Urlaub zu nehmen.

## Samstag, 16. Mai 2020

### Österreich:

- **Österreich / staatliche Hilfen / AUA** - der Vorsitzende der LH-Konferenz Stelzer fordert für die AUA-Rettung eine Standortgarantie für die Regionalflughäfen. Der stellvertretende Bundessprecher der Grünen Kaineder geht davon aus, dass die Innovationskraft der Industrie beim Klimaschutz eine echte Chance für Standort und sichere Jobs sei. Die Politik könne deshalb nicht auf klimaschädlichen Kurzstreckenflügen beharren, die Zukunft der Flugbranche liege nach Kaineder in der Langstrecke, die Kurzstrecke müsse in einem klimafitten Verkehrssystem von der Bahn bedient werden, wie das Beispiel Linz-Wien zeige. Für den Green New Deal nehme Österreich und Europa viel Geld in die Hand, um die Verbindungen zwischen den Hauptstädten mit der Bahn zu beschleunigen, die österreichische Regierung verfolge unter Klimaschutzministerin Gewessler ein ambitioniertes Klimaschutzprogramm; die staatliche Hilfe für die AUA habe nur eine Chance, wenn sie sich klimafit mache; Frankreich habe vorgezeigt, wie bei Rettungspaketen klare Klimaschutzziele zu vereinbaren seien.

### Internationales:

- **Deutschland / Flugbetrieb / RKI** - Das Robert Koch-Institut (RKI) in Berlin hat sich gegen Temperaturkontrollen an Flughäfen in der Corona-Pandemie ausgesprochen, der mögliche Mehrwert sei gering, da viele Corona-Infizierte nicht erkannt werden würden.

Mit fiebersenkenden Mitteln können die Fluggäste auch ihre Temperatur verschleiern. Positiv beurteilen die Experten Verhaltenshinweise in mehreren Sprachen sowie die elektronische Erfassung von Kontaktdaten. Auch für Abstandhalten und Hygiene-Regelungen spricht sich das RKI aus, Laboruntersuchungen und medizinische Versorgung müssten allen Patienten zugänglich gemacht werden.

- **Canada / Air Canada** - Air Canada will als größte kanadische Fluggesellschaft Anfang Juni mindestens die Hälfte ihrer Belegschaft entlassen, nachdem Ende März bereits 16.500 Mitarbeiter gekündigt und danach die Wiedereinstellung wegen eines staatlichen Lohnkostenzuschusses angekündigt worden waren. Die Airline musste wegen der Coronakrise 95% ihres Flugangebotes reduzieren, glaubt aber an eine baldige Rückkehr zum normalen Flugbetrieb. Mit ca. 38.000 Beschäftigten wickelte die Airline in normalen Zeiten ca. 1.500 Flüge am Tag ab, das Wirtschaftsklima verhindere aber nun einen Flugbetrieb in dieser Größenordnung. Das Hilfsprogramm der Regierung wurde nun bis August verlängert.
- **Slowakei / Flughafen Bratislava** - parkende Flugzeuge sollen nun am Flughafen Bratislava für Einnahmen sorgen. Bis zu 72 Bombardier-Maschinen von Eurowings, AUA und anderen Fluglinien sollen in Bratislava geparkt werden. Abgesehen von der niedrigen Parkgebühr von 1.500 Euro im Monat ist die AUA-Tochter Austrian Technik Bratislava mit ihren 300 Mitarbeitern ein Anreiz für das Grounding der Dash-Maschinen in Bratislava, übernimmt doch das Unternehmen Wartung und Pflege während der Flugpause. Aktuell stehen 15 Eurowings und vier AUA-Flieger in Bratislava, die AUA wird alle 17 Dash-Maschinen, deren Ausmusterung in den kommenden Jahren geplant ist, nach Bratislava bringen, weitere 40 Maschinen einer anderen Fluggesellschaft sollen noch folgen.

**Freitag, 15. Mai 2020**

**Österreich:**

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - Die konstruktive Suche nach zukunftsfähigen Lösungen für die AUA wurde mit einem Treffen von Finanzminister Blümel (ÖVP), Verkehrsministerin Gewessler (Grüne), Vertretern von Wien und Niederösterreich, AUA und Flughafen Wien, Gewerkschaftern sowie ÖBAG und COFAG fortgesetzt. Am Montag soll die Unternehmensberatung PwC ihre Einschätzung über die wirtschaftlichen Aussichten der AUA bekannt geben. Die Fortbestandsprognose der PwC soll staatliche Hilfe und ein Sparprogramm der Belegschaft berücksichtigen, am Mittwoch dann der AUA-Aufsichtsrat eine Zukunftsentscheidung treffen. Teil der Maßnahmen sei neben den Staatshilfen ein Sparprogramm der Mitarbeiter, eine 20%-ige Kostensenkung bei den Lieferanten des Unternehmens, wobei in den beiden letztgenannten Bereichen sich eine Einigung abzeichne. Finanzminister Blümel betonte, dass österreichisches Steuergeld nur fließen werde, wenn es gleichzeitig rechtsverbindliche Garantien zum Erhalt des Standorts, Nachhaltigkeit und Arbeitsplätze gäbe.

Das Bordpersonal sei - wie von den Wirtschaftsprüfern gefordert - bereit, auf über 200 Mio. Euro bis 2023 zu verzichten, der AUA-Vorstand müsse aber auch Partnern wie dem Flughafen Wien Einschnitte abverlangen. Es sei noch etwas zu früh, um weißen Rauch aufsteigen zu lassen, man werde das Wochenende für weitere Annäherungen nutzen. Dabei sei der Beitrag der Piloten besonders wichtig, da diese neben dem Management die teuerste Personengruppe bei der AUA sei, Einkommensverzicht von bis zu 43% seien hier lt. AUA-Bordbetriebsrat geplant. Die Fortsetzung der Kurzarbeit bis 2022 sei noch detailliert zu verhandeln und sei wichtig für einen sozialen Ausgleich. Wichtig sei, dass Management und Betriebsrat die gleiche Sicht auf die Werthaltigkeit der Beiträge haben. Das Bordpersonal verzichte auf kollektivvertragliche Vorrückungen und ausverhandelte Inflationsabgeltungen, bis 2023 komme es damit zu keinen Gehaltserhöhungen, damit das Paket die Vorgaben laut Businessplan einschließlich eines Sicherheitspolsters erfülle.

Beiträge zur betrieblichen Pensionsvorsorge für dienstältere Flugbegleiter und Piloten werden halbiert, Änderungen bei den Flugdienstzeiten sollen die notwendige Flexibilisierung für die Aufbauphase nach der Krise herstellen, damit danach auch Umstellungen im AUA-Netzwerk erfolgen können. Gespart werden soll auch bei Uniformen, der Bordverpflegung und der Hotelunterbringung für die Crews.

Der AUA-Vorstand müsse nun die Regierungsverhandlungen positiv abschließen, analog zur Vorgangsweise bei der Lufthansa soll das Paket bei einer früheren Erholung des Flugverkehrs vorzeitig auslaufen, bei schlechterer Entwicklung rechtzeitig eine Standortbestimmung erfolgen.

- **Vorarlberg / Flugbetrieb / Flughafen St. Gallen-Altenrhein** - die "People's" Airline verbindet Wien mit Vorarlberg und der Ostschweiz und plant die Linienflüge vom Flughafen St. Gallen-Altenrhein wieder ab 15. Juni schrittweise aufzunehmen. Die verordneten Einreisebeschränkungen zwischen Österreich und der Schweiz müssten dafür aufgehoben werden, eine Rotation sei unter Einhaltung aller Hygiene- und Schutzmaßnahmen pro Tag geplant.
- **Wien / Bundesregierung / Budgetausschuss** - der Nationalrat verhandelt heute Freitag das Mobilitätsbudget für 2020 in der Auszahlungshöhe von 4,11 Mrd. Euro, die Einzahlungen erreichen eine Höhe von 608,8 Mio. Euro. Alleine der Anteil des Schienenverkehrs liegt bei 3,57 Mrd. Euro, wesentliche Anteile sind hier die Zuschüsse für die ÖBB (Betrieb), die Bereitstellung der Schieneninfrastruktur und Kosten für Instandhaltung, Planung und Bau mit 2,36 Mrd. Euro. Der mitverhandelte Bundesfinanzrahmen sieht einen Anstieg auf 4,46 Mrd. Euro bis 2023 vor, das "1-2-3-Klimaticket" soll stufenweise eingeführt und ein integrierter Taktfahrplan für Nah- und Fernverkehr implementiert werden. Die wichtigsten Ziele sind die Verbesserung der Mobilität für Pendelnde und Reisende, der Infrastrukturausbau sowie die Dekarbonisierung des Verkehrs.

Klimaministerin Gewessler betonte die Wichtigkeit einheitlicher Standards bei der Wiederaufnahme des Flugbetriebs, mit der Rückerstattung von Flugtickets dürfe das Insolvenzrisiko nicht auf die Konsumenten abgewälzt werden. Gespräche mit der AUA seien aktuell auf unterschiedlichen Ebenen im Gang, die Herausforderungen für den Klimaschutz seien hier ebenso wichtig, wie die bessere Integration von Kurzstrecken mit der Bahn. Es gebe auch Fragen bezüglich Standort- und Arbeitsmarktgarantien sowie über eine staatliche Mitsprache zu diskutieren. Eine staatliche Geschäftsführung sei nicht im Sinne der Republik. Mitsprache und Geschäftsführung seien zwei unterschiedliche Dinge.

Im Zuge der Diskussionen gab es mehrere Fragen und Vorschläge an die Ministerin für die Verhandlungen. Stakeholder müssten Beiträge leisten, um die Kostenstruktur der AUA effizienter zu gestalten, Single European Sky müsse umgesetzt werden, Umwege im europäischen Luftraum reduziert werden, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren. Für die Klimaministerin ist die Reduktion der Kurzstreckenflüge unabdingbar, die Anbindung des Flughafen Wien sei sehr gut, die Anbindung auf der Süd- sowie nach Osten sei erforderlich. Als Alternative zum Fliegen seien die Nachtzugverbindungen auszubauen. Zum Thema Flugzeugtreibstoffe verwies Gewessler auf die internationale Dimension, man müsse ganzheitlich denken, die Weiterentwicklung der Luftfahrtstrategie 2021 sei der nächste Schritt.

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA / Global 2000** - das Schicksal der AUA soll u.a. in Verhandlungen um staatliche Hilfen bis Montag, den 18. Mai geklärt werden. Global 2000 fordert in diesem Zusammenhang Klimaschutzauflagen für den Flugverkehr. Gefordert wird die Streichung unnötiger Kurzstreckenflügen und der Verzicht des Flughafens auf die 3. Piste. Die AUA soll verpflichtet werden, stärker den Klimaschutz zu berücksichtigen. Es geht um staatliche Kreditgarantien von 410 Mio. Euro, einen Fixkostenzuschuss von 90 Mio. Euro und eine Eigenkapitalspritze von 267 Mio. Global 2000 fordert einen „Just Transition Funds“ zur Kompensation von Einkommensausfällen, für Umschulungen und Qualifizierungsmaßnahmen. Die Aktionäre und Top-Manager sollen für die nächsten Jahre auf Dividenden, Gehaltszuwächse und Boni verzichten, „unnötige“ Kurzstreckenflüge gestrichen werden. Bei Zielen, die mit direkten Bahnverbindungen in weniger als 8 Stunden erreicht werden können soll die Bahn bevorzugt werden. Zukünftige Investitionen in Flugzeuge müssen strengen Klimakriterien folgen (Pariser 1,5°C-Ziel), eine Flugabgabe von mindestens 100 Euro pro Flug eingeführt und die Mittel zweckgebunden dem Bahn-Ausbau zugeführt und auf EU-Ebene eine Kerosinbesteuerung eingeführt werden.

### **Internationales:**

- **Deutschland / Flugbetrieb / Lufthansa** - der absolute Tiefpunkt der Coronakrise scheint zumindest im Flugprogramm der Lufthansa überwunden.

Unklar ist die langfristige Perspektive, denn dem Lufthansa-Konzern würde ohne staatliche Hilfe in wenigen Monaten das Geld ausgehen. Die Regierung in Berlin ist auch nach wochenlangen Verhandlungen noch uneins über die staatliche Hilfe von 9 Mrd. Euro und den Bedingungen. Streitpunkt ist vor allem die Frage der Intensität des staatlichen Einflusses, die SPD fordert ein starkes Mitspracherecht für die Kapitalspritze, Geschäfte in Steueroasen, Jobabbau sowie Boni und Dividenden müssten unterbunden werden. Die CSU warnt vor einem „Halbverstaatlichtenmodell“, die Lufthansa dürfe nicht zu einer zweiten Deutschen Bahn werden.

Die Verhandlungen laufen in Berlin und für die AUA in Wien unter Hochdruck, es gehe um ein komplexes Paket. Neben einer stillen Beteiligung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) gehe es um einen KfW-Kredit und um eine direkte Beteiligung von 25% plus einer Stimme des Bundes am Grundkapital des DAX-Konzerns, die Lufthansa will aber den staatlichen Einfluss möglichst gering halten. Die Aktionäre müssten allerdings in einer außerordentlichen Hauptversammlung zustimmen.

Lufthansa hatte ihren Passagierbetrieb aktuell auf ein Minimum reduziert, zwischenzeitlich erreichte er nur noch knapp 1 % des Vorjahresniveaus, bis Ende Juni sollen aber wieder rund 14% des geplanten Niveaus erreicht werden, ein Normalbetrieb liegt noch in weiter Ferne.

Derzeit verliert die Lufthansa im Monat rund 800 Mio. Euro an Bar-Reserven, belastend seien auch die Zinsen für die Kerosin-Verträge. Rund 1,8 Mrd. Euro Kundengelder sind für abgesagte Flüge zurückzuzahlen, weil die EU die von Deutschland befürwortete Gutschein-Regelung nicht akzeptiert. Die Lufthansa spricht auch mit anderen Staaten über staatliche Hilfen. Die Schweiz hat bereits eine zum größten Teil vom Staat besicherte Kreditlinie über 1,4 Mrd. Euro freigegeben. Österreich und Belgien fordern für ihre staatlichen Hilfen Standortgarantien und Garantien für die Erhaltung der Drehkreuzfunktionen von AUA und Brussels Airlines.

- **Deutschland / staatliche Hilfen / Flughafen Berlin-Schönefeld** - wegen der durch die Coronakrise ausgelösten Schieflage im operativen Geschäft berät der Aufsichtsrat der Berlin-Brandenburger Flughafengesellschaft seit Freitagvormittag die schwierige Finanzlage des Staatsbetriebs. An den Flughäfen Tegel und Schönefeld wurden 2019 durchschnittlich noch rund 100.000 Passagiere pro Tag gezählt, aktuell noch höchstens 1.000. Die Flughafengesellschaft brauche eine Finanzspritze von bis zu 300 Mio. Euro, im Businessplan von 2021 bis 2024 klaffe eine Finanzlücke von 792 Mio. Euro.
- **Irland / Ryanair / Laudamotion** - Ryanair streicht 250 Jobs in Dublin, Stansted, Madrid und Breslau, weitere Arbeitsplatzverluste und Gehaltskürzungen werden erwartet. Ryanair droht Laudamotion in Wien mit der Schließung, wenn die Belegschaft nicht bis 20. Mai einen dramatischen Gehaltsabbau akzeptiert. Ryanair werde von April bis Juni weniger als ein Prozent des normalen Flugplanes umsetzen, im Juli werde eine Rückkehr auf 40% des Niveaus vor der Coronakrise erwartet, im Jahr 2020 / 2021 könnte die Airline rund ein Drittel weniger Passagiere (weniger als 100 Mio. Passagiere) befördern. Ryanair plant den Abbau von bis zu 3.000 Jobs und 20%-ige Gehaltskürzungen.  
Dies verlangt Ryanair-Chef O'Leary auch von der Österreich-Tochter Laudamotion bis zum 20. Mai, ansonsten werde die Basis geschlossen. Ryanair befinde sich in einem intensiven Preiskampf in Europa wegen der unrechtmäßigen staatlichen Beihilfen von über 30 Mrd. Euro, die es Airlines ermöglichen werde, jahrelang unter einem kostendeckenden Level zu agieren. Ryanair hat beim EuGH bereits Einspruch wegen der staatlichen Hilfen für Air France und SAS erhoben und will auch gegen die staatlichen Hilfen für die Lufthansa-Gruppe und die AUA gerichtlich vorgehen.

## Donnerstag, 14. Mai 2020

### Österreich:

- **Deutschland / Österreich / staatliche Hilfen** - Kanzler Kurz (ÖVP) geht davon aus, dass der Staat aus Beteiligungen im Zuge von Firmenrettungen schnellstmöglich wieder aussteigen solle. In Bezug auf die Rettung der AUA lasse sich noch nicht sagen, ob es zu einer Einigung kommen werde.
- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - die AUA wird wegen der weltweiten Reisebeschränkungen den Flugbetrieb nicht vor dem 8. Juni starten. Swiss und Eurowings wollen hingegen im Juni bereits wieder über hundert Ziele anfliegen, die AUA sobald die Nachfrage dies wieder zulässt.

Am Freitagnachmittag hat Finanzminister Blümel (ÖVP) zu einem „Runden Tisch“ zum Thema Standort Luftfahrt in Österreich geladen. Ministerin Gewessler (Grüne), Staatssekretär Brunner (ÖVP) sowie Vertreter der Landesregierungen von Wien und Niederösterreich, große Anteilseigner am Flughafen Wien werden teilnehmen.

Im Finanzministerium werden sich auch die Spitzen von Gewerkschaften, das Management von Flughafen Wien und AUA sowie Vertreter der Staatsholding ÖBAG und der Finanzierungsgesellschaft COFAG zu einem Meinungsaustausch zusammensetzen, Gespräche mit der AUA-Mutter Lufthansa sind ebenfalls im Laufen.

Insgesamt dürfte sich im Mai entscheiden, wie es mit AUA und Laudamotion weitergeht. Davon hängen auch Ausbaupläne des Flughafen Wien ab. Der Aufsichtsrat der AUA tagt am 20. Mai, am selben Tag läuft das Ultimatum von Laudamotion ab, der Mutterkonzern Ryanair droht mit der Schließung der Basis Wien. Die Wirtschaftsprüfer haben vom AUA-Vorstand bis 18. Mai einen belastbaren Plan für die Fortführung als Voraussetzung für das nötige Testat eingefordert. Bei der AUA geht es um staatliche Hilfe in der Höhe von 767 Mio. Euro, von Belegschaft und Lieferanten werden Kostenschnitte verlangt. Klarheit solle bis 18. Mai geschaffen werden, vorher muss aber klar sein, unter welchen Bedingungen die Lufthansa in Deutschland gerettet wird. Ob die Staatshilfe greift wird auch davon abhängen, ob eine zweite Corona-Ansteckungswelle verhindert werden kann und ob im Sommer der Neustart erfolgen kann und im kommenden Jahr langsam wieder Normalität im Flugverkehr eintritt.

Ryanair kritisiert die staatlichen Rettungsgelder für Airlines und hat gegen die staatlichen Hilfen für Air France und SAS beim Europäischen Gerichtshof Einspruch eingelegt. In Österreich droht Ryanair ebenfalls mit Klage. Ryanair droht auch den Laudamotion-Mitarbeitern in Wien (560 Piloten und Flugbegleitern) wenn sie nicht vor Freitag kommender Woche auf einen Teil des Gehalts verzichten. In diesem Fall soll die Airbus-Basis in Wien von Laudamotion geschlossen werden. „Die Strecken von Lauda werden dann mit Wetlease-Flugzeugen von Buzz, Malta Air und Ryanair bedient und die Airbusse auf andere Bases verlegt“, sagte Lauda-Chef David O'Brien vor zwei Wochen. Die Start- und Landerechte wurden bereits an Ryanair übertragen.

- **Flughafen Wien / Wien Energie / Energieeffizienz / Dekarbonisierung** - die Wien Energie Tochter Smartworks hat mit Diggers Research einen externen Partner eingebunden, der Klimafreundlichkeit verspricht und will zukünftig mit innovativen Start-ups zusammenarbeiten, um die Prozesse des Unternehmens zu beschleunigen. Bestehende Heizkreisläufe sollen eine Art Dekarbonisierung erfahren. Die aus den Rechenprozessen der Servernetzwerke entstehende Abwärme soll effektiv und nachhaltig nutzbar gemacht werden. Zu den Kunden gehören bereits Unternehmen wie die ÖBB, der Flughafen Wien oder die Voestalpine AG. Die Kapitalausstattung von Smartworks beträgt aktuell 5 Mio. Euro. Bei Geschäftsideen, insbesondere im Bereich Digitalisierung und Smart-City-Projekten, bietet Wien-Energie eine Beteiligung bis zu einer halben Million Euro Startkapital.

### **Internationales:**

- **Dubai / Flugbetrieb** - der Flughafen Dubai geht von einem Erreichen der bisherigen Luftverkehrszahlen in 18 bis 24 Monaten aus, wichtig seien die zwischenstaatlichen Abkommen, um den Flugverkehr zwischen einzelnen Ländern wieder aufzunehmen. Es seien strenge Überbrückungsmaßnahmen durchzuführen, Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen sollen erhöht werden, es solle auch Fiebermessungen und Virus-Teststationen geben. Im ersten Quartal ging die Zahl der Passagiere in Dubai um 19,8% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zurück, 2019 nutzten fast 86,4 Mio. Fluggäste den Flughafen in Dubai.
- **Deutschland / Flugbetrieb / Lufthansa** - die Lufthansa will von Anfang bis Ende Juni das Flugangebot schrittweise auf mehr als 1.800 wöchentliche Verbindungen ausweiten und dabei mehr als 100 Ziele in Europa und über 20 Interkontinental-Flughäfen anfliegen. Auch die Lufthansa-Tochter Swiss baut den Flugplan wieder aus. AUA prüft einen Neustart nach dem 7. Juni. Brussels Air will einen Neustart ab dem 15. Juni.
- **Frankreich / Flughafen Charles de Gaulle** - am Pariser Flughafen Charles de Gaulle werden nun zwölf Wärmebildkameras mit dem Ziel eingesetzt, alle davon zu überzeugen, dass der Flugverkehr eine sichere Art des Transports sei.

Auch 40 Desinfektionsmittel-Spender wurden angebracht, es gilt Maskenpflicht. Stellen die Kameras eine Körpertemperatur von mehr als 38 Grad fest, wird die Temperatur mit einem kontaktlosen Thermometer nochmals überprüft und der Passagier dann zum ärztlichen Notdienst des Flughafens gebracht, wo er auf eine Infektion hin getestet wird.

Der französische Verkehrs-Staatssekretär Djebbari hat Air France gebeten, bei der Besetzung der Flugzeuge "äußerst wachsam" zu sein, die Maschinen sind derzeit bei Kurz- und Mittelstreckenflügen zu 45% bis 50% besetzt, auf Langstreckenflügen zu etwa 30%. Der Flughafen Paris-Orly ist vorübergehend geschlossen, alle noch stattfindenden Flüge werden vom Flughafen Charles de Gaulle geführt. Am Mittwoch wurden nur 8.000 Passagiere verzeichnet, vor der Coronakrise hatte der Flughafen Charles de Gaulle noch 200.000 Reisende, Paris-Orly 100.000 Passagiere gezählt.

- **Deutschland / Flugbetrieb / Fraport** Frankfurt (APA/dpa) - die Passagierzahlen sind an Deutschlands größtem Airport im April auf 187.905 Reisende eingebrochen (-96,9%). Der Flughafenbetreiber Fraport verzeichnete aber an den Fraport-Flughäfen in Perus Hauptstadt Lima und in Antalya an der türkischen Riviera mit 99,9% sogar noch stärkere Einbrüche. Am wenigsten verlor Fraport an seinem Beteiligungsflughafen im chinesischen X'ian, dort wurden 64,1% weniger Passagiere gezählt. Deutlich geringer waren die Rückgänge im Cargobereich. Am Flughafen Frankfurt lag das Aufkommen an Fracht und Luftpost noch bei 138.065 Tonnen (-21,1%).

## Mittwoch, 13. Mai 2020

### Österreich:

- **Steiermark / Arbeiterkammer Steiermark** - große Unklarheit herrscht bei den Reisenden zum Thema Stornierung von Pauschalreisen, Flügen und Individualreisen, gemietete Boote und Reisemobile. Seit Mitte März sind diesbezüglich bei der Steirischen Arbeiterkammer rund 15.000 Anfragen per Telefon oder Mail eingelangt. Buchungsplattformen sind tlw. nicht mehr erreichbar, andere verweisen auf Reiseveranstalter, diese dann auf Unternehmen, bei denen die Reise eigentlich gebucht wurde. Rückzahlung in bar erfolgt fast nie.  
Ähnlich sieht es bei den Flügen aus, die von Urlaubern selbst gebucht wurden, hier werden fast ausschließlich Umbuchungen und Gutscheine angeboten. Positive Ausnahme sind hier einige große Airlines, wie z.B. die Lufthansa.  
Betroffene, die bisher kein Geld bekommen haben, können sich an die AK wenden, aber auch die AK bekommt derzeit bei den Fluglinien nur wenige oder gar keine Antworten. Eine gerichtliche Verfolgung von Airlines sei derzeit wegen des Insolvenzrisikos kaum möglich, weil im Insolvenzfall auch bei erwirkten rechtskräftigen Titeln die Gefahr besteht, auch noch die Verfahrens- und Anwaltskosten nicht ersetzt zu bekommen.
- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AUA** - die AFLG kritisiert, dass für eine staatliche Rettung der AUA als Gegenleistung auch eine Wachstumsgarantie diskutiert wird. Steuergeld würde damit dazu verwendet werden, die Klimakrise möglichst schnell zu einer Klimakatastrophe werden zu lassen.  
Hinzu kämen auch noch steigende Gesundheitskosten, die dem Flugverkehr direkt anzurechnen seien, z.B. durch die Abflugroute Liesing. Entsprechend dem Minimierungsgebot im Luftfahrtgesetz müsse man dort fliegen, wo möglichst wenig Menschen betroffen sind. Vorschläge, Wien möglichst großräumig zu umfliegen, gäbe es seit Jahren, diese werden aber von der Flugverkehrslobby blockiert, die nun auch noch die Hand aufhalte. Wegen der Steuerprivilegien habe der Flughafen genug Geld, sich die AUA-Rettung selbst vollständig zu finanzieren.

### Internationales:

- **Schweiz / staatliche Hilfen / Swissport** - lt. mit der Situation vertrauten Personen haben die auf notleidende Anlagen spezialisierten Finanzinvestoren Apollo, SVP Global und Cross Ocean Partners Schulden des Flugzeugabfertigers Swissport aufgekauft. In Gesprächen sollen nun Konditionen für eine Finanzspritze zur Überbrückung der Coronakrise verhandelt werden.

Den Insidern zufolge halten die Finanzinvestoren nun die Mehrheit der vorrangig besicherten Anleihen, langfristigen Darlehen und revolvingierenden Kreditfazilitäten der Gesellschaft, der Finanzbedarf dürfte bei ca. 0,5 bis 0,7 Mrd. Euro liegen. Im Februar verfügte Swissport noch über 300 Mio. Euro an liquiden Mitteln, zur Verbesserung der Liquidität hat Swissport 10.000 Stellen gestrichen, 40.000 Beschäftigte seien in Kurzarbeit oder ähnlichen Modellen. Vom Schweizer Staat bekommt Swissport keine Unterstützung, dazu sei vorher eine Sanierung notwendig. Verhandelt wird ein neues Kreditpaket, dem alle Gläubiger zustimmen müssen, die chinesische HNA dürfte nicht mitmachen und damit die Beteiligung weitgehend verlieren.

- **Litauen / Flugbetrieb** - In Litauen ist nach sechswöchiger Pause wieder das erste Passagierflugzeug gelandet und gestartet. Die Lufthansamaschine kam aus Frankfurt und brachte mehr als 150 Passagiere in die Hauptstadt Vilnius. Die Reisenden mussten sich, bevor sie den Flughafen verlassen konnten einem medizinischen Check unterziehen und sich in eine zweiwöchige Quarantäne begeben. Die Lufthansa bietet künftig drei Mal pro Woche einen Flug nach Vilnius an. Auch die lettische Fluglinie Air Baltic hat vom Kabinett in Vilnius grünes Licht für den Flugbetrieb nach Riga (Lettland) und Tallinn (Estland) bekommen, weitere Anträge von Fluglinien liegen vor.
- **Schweden / Flugbetrieb / SAS** - Passagiere der skandinavischen Airline SAS dürfen vom 18. Mai bis 31. August nur mit Mund- und Nasenschutz fliegen. Die Maskenpflicht gelte für alle Fluggäste im Alter von über sechs Jahren. Eine Reihe von Maßnahmen, wie z.B. regelmäßige gründliche Desinfektion der Kabinen, oder verbesserte Abläufe an Bord zur Einhaltung der Abstände, sollen Neuinfektionen verhindern.
- **Belgien / Schutzmaßnahmen / EU-Kommission** - die EU-Kommission rät zu einer Schutzmaskenpflicht im Flugverkehr, verzichtet aber auf eine Verpflichtung zum Freilassen von Sitzplätzen. Das Tragen von Schutzmasken ist bei der Lufthansa bereits seit Anfang Mai vorgeschrieben, auch Ryanair kündigte diese Maßnahme an. Lufthansa, Ryanair oder TUI informierten, dass die Klimaanlage in den Flugzeugen so gut filtern, wie dies in Krankenhäusern üblich ist. Fluggäste sollen in den Maschinen gut verteilt werden, so genug freie Sitzplätze vorhanden seien. Maßnahmen zum Verhindern von „Schlangestehen“, z.B. vor den Flugzeugtoiletten, sind ebenfalls vorgesehen.  
Nicht abschaffen will die EU bei Fluggesellschaften die Pflicht zur Rückerstattung von Tickets bei Stornierungen. Stattdessen sollen den Passagieren Gutscheine durch eine längere Gültigkeitsfrist und das Verbessern von Konditionen und Preisen schmackhaft gemacht werden.

## Dienstag, 12. Mai 2020

### Österreich:

- **Irland / staatliche Hilfen / Ryanair** - Ryanair wird gegen die Corona-Staatshilfen für Air France und SAS juristisch vorgehen und sich an den Europäischen Gerichtshof wenden. Ryanair geht davon aus, dass die Garantien von Dänemark und Schweden für den SAS-Kredit von 310 Mio. Euro dazu führen werden, dass SAS diese Summe niemals zurückzahlen muss. In Frankreich sei es marktverzerrend, dass die französischen Fluglinien keine Flughafensteuern zahlen müssen, ausländische Airlines aber schon.
- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / ÖGB** - ÖGB-Präsident Katzian glaubt bei der AUA an keine "rein österreichische Lösung", man müsse mit der AUA über eine Beteiligung, eventuell sogar am Mutterkonzern Lufthansa reden. Für die staatliche Hilfe brauche es auch Garantien für das Drehkreuz Wien und Langstreckenflüge von Wien aus. Bei vielen Unternehmen, die staatliche Hilfe brauchen, müsse man davon ausgehen, dass viele die Kredite nicht zurückzahlen werden können. Die Banken würden sich dann an den Staat wenden. Da man nicht alle Unternehmen in Insolvenz schicken wird können, werde dem Staat - ober das wolle oder nicht - letztlich ein Portfolio an Unternehmen haben.

- **Niederösterreich / Großprojekte / die Grünen** - Helga Krismer ist als Landessprecherin der niederösterreichischen Grünen bestätigt worden. Krismer übte einmal mehr Kritik an Großprojekten wie der Waldviertelautobahn und der 3. Piste und forderte eine ökosoziale Steuerreform sowie die Schaffung zukunftsorientierter Arbeitsplätze ein.
- **Flughafen Wien / Flugbetrieb / staatliche Hilfen** - der Fokus von Regierungen lag in den vergangenen Jahren weltweit auf Wachstum, Billigtickets, einer Zunahme der Konnektivität und der Deregulierung. Die Konsequenzen waren Überkapazitäten in jeder Hinsicht und unzählige Airline-Pleiten. In Österreich entscheidet sich diese Woche, wie es weitergeht. Den Airlines, die fast 100% des Personals in Kurzarbeit haben, geht bald das Geld aus. Bei den Verhandlungen um staatliche Hilfe und um Personalmaßnahmen muss rasch ein verträglicher Durchbruch für die AUA und auch Laudamotion gelingen, bei Laudamotion droht sonst die Verlagerung des Geschäfts zu Ryanair. Viele stellen nun die Luftfahrt als Ganzes bzw. zumindest Teile davon in Frage. Die Luftfahrt ist für 2,7% des weltweiten CO2-Ausstoßes verantwortlich. Das Pariser Abkommen sagt, dass dieser Wert zu reduzieren sei. Aktuell geht es aber ums buchstäbliche Überleben der Airlines und damit um unzählige Existenzen; ca. 90.000 Arbeitsplätze hängen direkt an der Luftfahrt. In Wien kommen 75% der Touristen mit dem Flugzeug (Quelle: viennaairport.com). Gibt es den Flughafen Wien nicht mehr mit seiner Hubfunktion, werden viele Unternehmen den Standort Wien verlassen, der Verlust von zahlreichen weiteren Arbeitsplätzen wäre die unmittelbare Folge. Niemand kann sich dies wünschen, Austrian Airlines und der Flughafen Wien sind als Infrastruktureinrichtung nur schwer zu ersetzen. Ohne die AUA würde es wahrscheinlich weniger Direktverbindungen, ähnlich viel Verkehr und mehr Schadstoffe über dem Bundesgebiet geben, den Gewinn würden München, Zürich und Budapest machen. Alleine wegen der volkswirtschaftlichen Bedeutung Wiens sei eine Rettung der AUA unumgänglich. In Zeiten des Klimawandels braucht es ein nachhaltiges, ökonomisch und ökologisch sinnvolles Transportsystem, das die im System arbeitenden Menschen fair behandelt.

### **Internationales:**

- **Deutschland / staatliche Hilfen / Lufthansa** - die Lufthansa hat Transparenz über ihre Geschäftstätigkeiten in Steueroasen geschaffen, so wie dies SPD-Chef Borjans am Wochenende gefordert hatte. In der veröffentlichten Liste ihrer Tochtergesellschaften mit Sitz in Ländern oder Gebieten, die auf der EU-Liste der nicht kooperativen Länder und Gebiete für Steuerzwecke geführt werden, werden auch die Geschäftsaktivitäten ausgewiesen. Ein Sprecher der Airline betonte, dass die Lufthansa in allen Ländern die nationalen und internationalen Rechts- und Steuervorschriften beachtet. Die Lufthansa verhandelt mit dem deutschen Staat über eine staatliche Hilfe von 9 Mrd. Euro, der Bund strebt dafür einen Anteil von bis zu 25% plus einer Stimme sowie eine Vertretung im Aufsichtsrat an.
- **Irland / Flugbetrieb / Ryanair** - Ryanair plant die Wiederaufnahme des Flugbetriebs mit fast 1.000 Flügen täglich per 1. Juli. Damit würden 40% der Linienflüge und 90 % des Streckennetzes bedient werden, Laudamotion bleibt am Boden. An den meisten der 80 Basen soll der Flugbetrieb wieder starten, es sollen möglichst viele Destinationen bedient werden, die Frequenz auf den Hauptstrecken wird anfänglich niedrig sein. Im Juli und August sollen 50% bis 60% der Sitzplätze wieder besetzt sein. Bei Laudamotion droht Ryanair weiter, die Basis in Österreich mit Ende Mai zu schließen, sollte es mit der Gewerkschaft keine Verhandlungen und Ergebnisse geben. Laudamotion soll auf ca. 30 Airbus-Flugzeuge schrumpfen, die in den kommenden Jahren durch Boeing-Maschinen ersetzt werden sollen. Derzeit sei die Wahrscheinlichkeit, dass Laudamotion geschlossen werde, hoch. Ryanair werde bei einer Schließung von Laudamotion Wien nicht verlassen, sondern die Strecken mit Wetlease-Flugzeugen von Buzz, Malta Air und Ryanair bedienen. Laudamotion hat in Wien aktuell 12 Airbus A320 und 3 Boeing B737-800 stationiert. Als Hygienemaßnahmen schlägt Ryanair vor, dass die Kunden weniger Gepäck aufgeben, online einchecken und Bordkarten auf das Smartphone laden sollen. Beim Betreten des Flughafens soll die Körpertemperatur kontrolliert werden, Abstand soll immer gehalten werden, wo dies möglich ist.

Flugzeuge werden mit Desinfektionsmittel gereinigt, für Passagiere und Crews soll künftig eine Maskenpflicht gelten. Die Flugbegleiter werden Passagiere nur auf Anfrage zur Toilette gehen lassen. Auf Formularen sollen die Fluggäste Aufenthaltsdauer und -ort bekanntgeben, die Daten werden an die EU weitergeleitet, um damit Quarantänevorschriften überwachen zu können. Den mittleren Platz im Flugzeug frei zu lassen, lehnt Ryanair ebenso ab, wie den Plan der britischen Regierung, für Einreisende aus allen Ländern (abgesehen von Frankreich und Irland) eine 14-tägige Quarantänepflicht zu verhängen.

Schon vergangene Woche hat die Lufthansa den Start eines regulären Flugplans für Mitte Juni angekündigt. Die AUA wartet noch ab und beobachtet die Lage.

- **Belgien / staatliche Hilfen / Brussels Airlines** - Brussels Airlines will bis zu 1.000 Stellen streichen, auch der Abbau der Flotte um 30% sei geplant, um das Überleben des Unternehmens abzusichern. Ein normales Geschäft erwartet Brussels Airlines erst 2023. Die Airline hat vom belgischen Staat 290 Mio. Euro an Liquiditätshilfe erbeten, die Regierung fordert im Gegenzug von der Lufthansa solide Garantien für Brussels Airlines.
- **USA / Gesundheitsbehörde CDC** - die Gesundheitsbehörde CDC geht davon aus, dass die Temperaturmessungen an Flughäfen zu Beginn der Coronakrise wirkungslos waren, da Menschen das Virus weiterverbreiten können, ohne selbst Symptome wie eine erhöhte Körpertemperatur zu haben. Von den 12.000 Passagieren, die zwischen 3. Februar und 17. März in Kalifornien kontrolliert wurden, befanden sich später lediglich 3 unter den 26.000 bis April registrierten Coronapatienten.
- **Deutschland / Flughafen Frankfurt** - der Flughafenbetreiber Fraport erwartet keine schnelle Erholung des Passagierverkehrs, eine neue Normalität werde möglicherweise erst 2023 erreicht. 15% bis 20% weniger Passagiere werde es im Vergleich zu 2019 dann immer noch geben. Fraport werde um einen Stellenabbau nicht herumkommen. Man wäre „schon glücklich“, wenn im Dezember 2020 das Passagieraufkommen 30% bis 35% des normalen Niveaus erreichen würde, nachdem Fraport 2019 erstmals mehr als 70 Mio. Fluggäste gezählt hatte. Fraport erwartet ein weltweit sinkendes Flugangebot und weitere Airline-Pleiten und an diese Entwicklung werde man sich anpassen müssen.  
Zwischenzeitlich sind die Arbeiten am Terminal 3 weit fortgeschritten, der 1. Bauabschnitt solle im Herbst 2021, der Rest Ende 2023 fertiggestellt werden, eventuell könne es auch eine Verzögerung der Fertigstellung bis 2024 geben. In Zeiten von Abstandsregeln sei eine viel zu große Terminalkapazität „erfreulich“, da nur so die Vorschriften eingehalten werden können. Ryanair ist für den 1. Abschnitt als Nutzer im Gespräch, Ryanair warnte Fraport vor zu hohen Mietforderungen.  
Der Flughafenkonzern verliert derzeit ca. 150 Mio. Euro pro Monat, sei aber gut aufgestellt, um die Coronakrise ohne staatliche Hilfe zu überstehen. Mit einer Liquidität von ca. 2,5 Mrd. Euro komme man noch viele Monate aus. Die Streichung der Dividende diene dazu, die Liquidität von Fraport zu schützen. Die Höhe des Stellenabbaus hänge von der Geschwindigkeit ab, mit der das Wachstum der Luftfahrt zurückkomme. Derzeit befinden sich 18.000 der rund 22.000 Fraport-Beschäftigten in Kurzarbeit, auch der Abbau von Urlaub und Zeitguthaben sei im Gang. Fraport spricht derzeit mit der deutschen Regierung über Abstands- und Sicherheitsregeln im Passagierverkehr, Plexiglaswände seien bei den Sicherheitskontrollen bereits aufgestellt. Über Temperaturkontrollen und Antikörpertests könne Fraport nicht eigenständig entscheiden, hier seien staatliche Regelungen erforderlich.
- **USA / Boeing** - Boeing geht für den September von einem schwächeren Anstieg der Passagierzahlen aus, als bisher angenommen. Das Verkehrsaufkommen werde nicht einmal bei 25% liegen, zum Jahresende vielleicht bei 50%. Anpassungen seitens der Airlines seien unausweichlich und über Pleiten von Airlines werde man im September mehr wissen.

## Montag, 11. Mai 2020

### Österreich:

- **Flughafen Wien / staatliche Hilfen / AK-Wien / AUA** - für die Vertreter der FCG-ÖAAB-Fraktion der Arbeiterkammer-Wien ist eine staatliche Rettung der Austrian Airlines absolut wichtig, gehe es bei der AUA doch um rund 7.000 Arbeitsplätze.

Es dürfe allerdings der Lufthansa nur Geld gegeben werden, wenn dafür auch Mitbestimmungsrechte zu bekommen seien, eine Sperrminorität oder eine Bestandsgarantie für das AUA-Drehkreuz am Flughafen Wien. Die beste Lösung wäre ein Rettung der AUA durch die Regierung über ÖBAG, Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer, ohne die AUA würde der Wirtschaftsstandort Wien massiv leiden.

### **Internationales:**

- **Italien / staatliche Hilfe / Alitalia** - Alitalia bekommt von der italienischen Regierung erneut rund 3 Mrd. Euro als Teil eines neuen Hilfspakets zur Abfederung der Schäden durch die Coronakrise. Die Alitalia soll im Juni verstaatlicht werden, die Airline machte seit 2002 keinen Profit, der italienische Staat hat der Airline in jüngerer Zeit bereits Überbrückungskredite in Milliardenhöhe gewährt. Das gesamte Hilfspaket der italienischen Regierung soll insgesamt rund 55 Mrd. Euro umfassen.
- **Israel / staatliche Hilfen / El Al** - die El Al möchte einen Bankkredit von rund 370 Mio. Euro aufnehmen, das israelische Finanzministerium wird Garantien für rund 80% des Kredits übernehmen. Dafür fordert das Finanzministerium einen finanziellen Gesundheitsplan und die Zustimmung der Mitarbeiter. Der Plan sehe sowohl Gehaltskürzungen als auch Entlassungen vor. Es werde bis zu zwei Jahre dauern, bis die Luftfahrt wieder auf dem Niveau von 2019 sei, in diesem Zeitraum werde man die bisherige Anzahl an Beschäftigten nicht brauchen. Die El Al müsse die Ausgaben den Einnahmen anpassen, so das Ministerium. El Al hat die Flüge vorerst bis Ende Mai eingestellt. Viele der insgesamt 6.000 Mitarbeiter sind bis Ende Juni in unbezahlter Freistellung.
- **Belgien / EU-Kommission** - die EU-Kommission wird den -Staats- und Regierungschefs den Vorschlag unterbreiten, dass Gutscheine für wegen der Coronakrise abgesagte Reisen zumindest ein Jahr lang gültig sein sollen. Die Gutscheine sollen den Kunden zu den gleichen Flug- und Reisebedingungen angeboten werden, wie in der ursprünglichen Buchung. Wird ein Gutschein letztlich doch nicht genutzt, solle der Kunde das Recht auf vollständige Rückzahlung haben. Die EU-Kommission will die Mitgliedstaaten auffordern, solche Gutscheine zu garantieren. Ziel sei es, die Kunden zu ermutigen, nicht auf einer Rückzahlung zu bestehen, wobei der Vorschlag der EU-Kommission als Empfehlung gedacht sei.
- **Slowenien / Flugverkehr** - Slowenien wird ab Dienstag den internationalen Passagierflugverkehr wieder zulassen. Slowenien hat eine Reihe von Maßnahmen im Luftfahrtsektor ergriffen, um die öffentliche Gesundheit zu schützen. Fraport Slovenia begrüßte die Entscheidung der Regierung, die meisten Airlines hätten aber die meisten Flüge von und nach Ljubljana bis Ende Mai abgesagt. Auf den kleineren Flughäfen Sloweniens können Flugzeuge aus dem Ausland erst wieder ab dem 12. Juni landen.